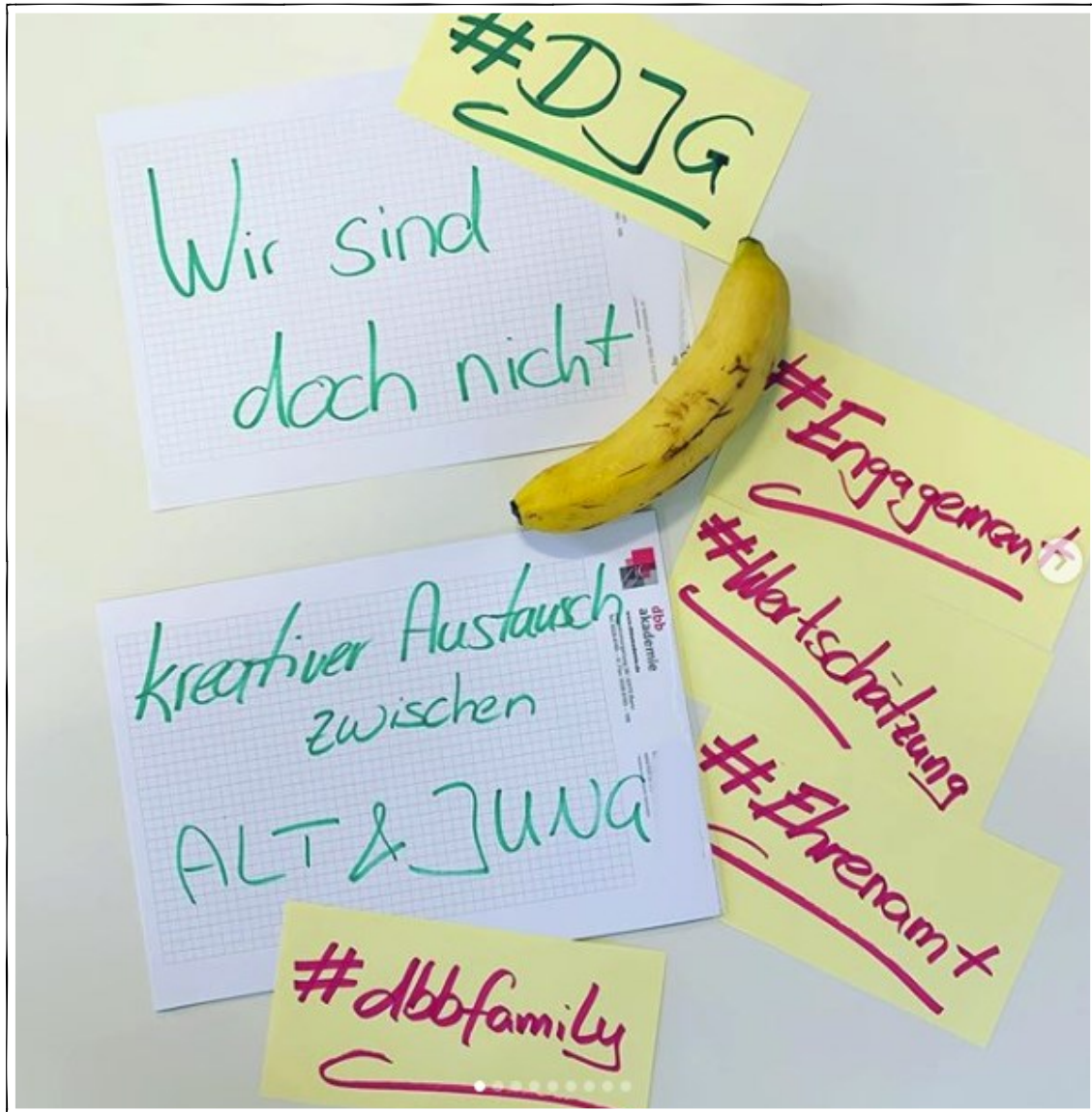


DJG-Notizen!

Info-Brief der Bundesleitung für Mitglieder
Deutsche Justiz-Gewerkschaft Bund e.V.



DBB JAHRESTAGUNG 2020

Eindrücke unserer Bundesfrauen-
vertreterin Bianca Korbanek und
unserer Bundesschatzmeisterin

IM AUSTAUSCH

mit unserer Jugend (DJJ)

IM GESPRÄCH

mit Bundesjustizministerin
Christine Lambrecht

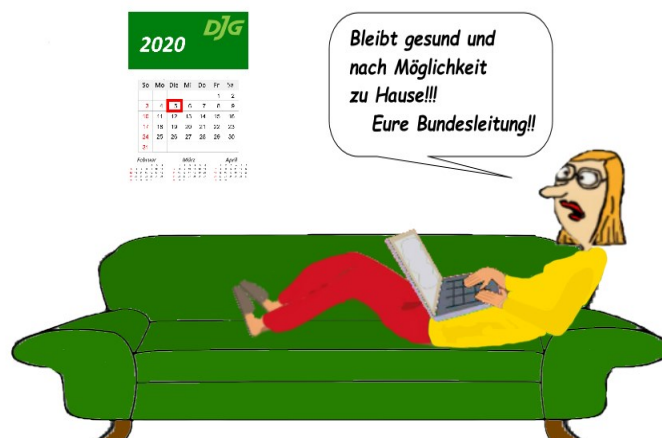
Gedanken zu dieser Ausgabe

Wir bitten um Nachsicht, wenn wir in diesen seltsamen Zeiten nicht auch noch über das Corona-Thema in epischer Breite berichten. Wir sind der Meinung, dass es genügend Zeitschriften, Nachrichtenseiten, soziale Medien etc. gibt, in denen über das aktuelle Thema berichtet wird, Hinweise zur Eindämmung/Verhinderung der Ausbreitung des Virus gegeben werden oder auch über Sinnhaftigkeit der getroffenen Maßnahmen und damit verbundenen Einschränkungen diskutiert werden kann.

Wir haben aktuell genug Unruhe um uns herum, lasst uns wenigstens mit dieser Ausgabe eine kleine Möglichkeit offen halten, um einen Hauch „Normalität“ zu verbreiten. Daher berichten wir auf den folgenden Seiten—wie gewohnt—über die Aktivitäten unserer DJG-Familie im ersten Quartal des Jahres 2020.

Unsere Pressemitteilung als Fachgewerkschaft zur aktuellen Lage an die Politik, ist auf der letzten Seite zu finden. Immer-

hin hat es das Statement unseres Bundesvorsitzenden auf die Seiten des Focus, Handelsblatt und weitere Seiten der Funke Mediengruppe geschafft. So wollen wir hoffen, dass der Appell an die politischen Verantwortlichen nicht ungehört bleibt.



Fachbereich „soziale Dienste“ stellt sich vor



Im Fachbereich Soziale Dienste der Deutschen Justiz-Gewerkschaft Bund haben sich die gewerkschaftlich vertretenen Gerichts- und Bewährungshelfer*innen der einzelnen Länder zusammengeschlossen. Vertreten durch die Fachbereichsvorsitzende(n) findet mindestens einmal jährlich ein mehrtägiges Treffen an verschiedenen Orten in der Bundesrepublik Deutschland statt.

Unser Ziel ist es, sich über den Stand und die Entwicklung der Sozialen Dienste auszutauschen und diese Informationen für die aktive Weiterentwicklung in den Ländern, aber natürlich auch im Bund, zu nutzen.

In unseren Leitlinien finden sich die elementaren Forderungen unseres Fachbereiches wieder. Zahlreiche andere Themen beschäftigen uns natürlich ebenfalls, beispielsweise die Streichung der ehrenamtlichen Bewährungshilfe aus dem § 56d Abs. 5 StGB.

Wir sind damit nicht gegen das Ehrenamt. Ehrenamtliche Mitarbeit ist zu begrüßen und sollte gefördert werden. Eine ehrenamtliche Bewährungshilfe, wie sie das Gesetz aus den 1950iger Jahren noch vorsieht, untergräbt jedoch das Professionsverständnis der Sozialen Arbeit. Sie ist ein Einfallstor für Deprofessionalisierungstendenzen in der ambulanten Straffälligenarbeit!

Weiterhin spielt selbstverständlich die Digitalisierung und der Umgang mit der aus den Fugen geratenen Risikoorientierung eine große Rolle. Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb einige Länder den Weg der Digitalisierung nur halbherzig beschreiten, während andere bereits mit Laptop und elektronischer Akte die Soziale Arbeit wieder dorthin tragen, wo sie hingehört: Vor Ort, zu den Adressatinnen und Adressaten unserer Arbeit.

Diese und weitere Themen diskutieren wir in den Ländern, unseren Gremien und selbstverständlich mit der Politik. Wir möchten euch einladen, unsere Ziele gemeinsam mit voranzutreiben. Zusammen können wir eine Menge bewirken und die ambulante Straffälligenarbeit Sinn stiftend gestalten. Dafür werden wir." (BKa)

DBB Jahrestagung: Eine andere Sichtweise auf ein Wunder

Heutzutage geschehen tatsächlich noch Zeichen und Wunder. Es bedurfte 60 Jahre bis die dbb frauen als Teil des dbb offiziell die Einladung zur Teilnahme an der dbb Jahrestagung erhalten haben.



Am 06.01.2020 war es endlich soweit. Bis zum 07.01.2020 fand in Köln die 61. Jahrestagung des dbb unter der Überschrift „Ideenwerkstatt öffentlicher Dienst“ statt. Der dbb trumpfte mit namhaften Gästen aus Politik und Gesellschaft wie z.B. Horst Seehofer, Dr. Wolfgang Schäuble, Kevin Kühnert, Armin Laschet und Dr. Franziska Giffey auf.

Ich habe die Einladung angenommen, gespannt auf die Vorschläge aus Vorträgen und Diskussionen, wie der öffentliche Dienst für die Zukunft gestaltet werden soll.

Worte wie Nachwuchsgewinnung, demografischer Wandel, Attraktivität erhöhen, mehr Geld, Arbeitszeitmodelle etc. (die Liste ließe sich noch lange fortführen) haben wir alle schon einmal gehört. Doch sollte es tatsächlich ein Ergebnis geben, konkrete umsetzbare Vorschläge?

Um das Fazit vorweg zu nehmen und es wundert sicher keinen: Wirkliche signifikante Vorschläge als die, die man selbst schon geäußert bzw. gehört hat, gab es nicht. Überraschend traf ich vor Ort auf die Bundesleitung der DJG in Person von Michaela Rieck, Silke Gölzenleuchter, Michael Auriga, Marco Besselt und Wolf-Dieter Müller.

Gemeinsam lauschten wir den Worten der vielen geladenen Gäste sowie den Gastgebern.

Markige Sprüche, wie von Herrn Seehofer: „Die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes ist sehr sehr hoch.“ oder „Der öffentliche Dienst ist das Rückgrat für Rechtsstaat und Demokratie.“ oder von Herrn Dr. Schäuble mit seinem Eingangszitat von Max Weber „Herrschaft ist im Alltag primär Verwaltung.“ oder seine eigenen Zitate wie „Identitäten sind formbar. Alle sind für alles zuständig und niemand für etwas verantwortlich.“ oder „Wer Verantwortung mitträgt, trägt auch Kompro-

missen mit.“ und so weiter und so fort, zogen sich wie ein roter Faden durch die Veranstaltung.

Sicher alles wahre Worte, doch wirklich zufriedenstellend endeten die Vorträge und Diskussionen für mich nicht. Hatte ich mehr erwartet: ja! Hatte ich eine Ahnung, dass vieles nur heiße Luft sein könnte: ja!

Wie Ulrich Silberbach es erklärte: „Der öffentliche Dienst trägt zur Stabilität der gesellschaftlichen Ordnung bei. Es fehlen jedoch 300.000 Kolleginnen und Kollegen und 1,3 Millionen Kolleginnen und Kollegen würden demnächst in den Ruhestand gehen. Der öffentliche Dienst ist ein Sanierungsfall. Es müsste mehr Zukunft gewagt werden.“ Daher hiermit die Aufforderung an die Politik: Kümmert euch, macht was - und nicht erst in 10 Jahren, wenn es zu spät ist!!!

Abschließend will ich nicht verhehlen, dass mein Augenmerk vermehrt auf dem Thema Frauen lag. Als Bundesfrauenbeauftragte gewählt, interessiert mich der Aspekt der Frauen besonders. Ab und zu hat tatsächlich die Gruppe der Frauen mit ihren besonderen Herausforderungen und Problemen Erwähnung bei der/dem einen oder anderen Rednerin bzw. Redner gefunden. Ulrich Silberbach trug vor, dass der Anteil der Frauen im öffentlichen Dienst zunimmt (derzeit bei 57%), aber nicht im höheren Besoldungsbereich. Horst Seehofer



sprach davon die Attraktivität des öffentlichen Dienstes zu erhöhen und Frauen in Führungspositionen zu bringen.

Aber erst in der letzten Diskussionsrunde am 2. Tag (u.a. mit weiblicher Beteiligung durch Dr. Irene Mihalic, Heike Raab, Nicole Opiela und Anke Plättner) fand das Thema Frauen mehr Eingang in das Bewusstsein.

Daher das Fazit an die Frauen:

Es gibt noch viel zu tun, packen wir es an!!! (BK)

DBB Jahrestagung: „Der etwas andere Bericht“

Für mich sollte es Anfang des Jahres zum ersten Mal zur Jahrestagung des dbb nach Köln gehen. Aus Effizienzgründen und um die Bundeskasse zu schonen, sollte nach der Anreise am Sonntag, den 5.1.2020 auch gleich die erste Sitzung der Bundesleitung der DJG im Jahr 2020 stattfinden. Schwer bepackt ging es für mich am Sonntagmorgen direkt los. In Köln Deutz angekommen konnte ich dann auch gleich die Kollegen Gölsenleuchter und Auriga begrüßen. Mit neidvollen Blicken auf das Radisson Blue und dem Dorint Hotel, den Hotels der bundesweiten Tagungsteilnehmer des dbb ging es für uns zum Ibis Budget, wo die Bundesleitung, sparsam wie wir sind, sich für die zwei Tage einquartiert hatte.

Unser BuLei-Kollege aus dem hohen Norden war schon da und nach dem auch Kollege Besselt aus dem Saarland wenig später erschien, konnte die erste Sitzung der Bundesleitung eröffnet werden. Leider war unser Vorsitzender erkrankt zu Hause geblieben, so dass Kollege Besselt die Sitzung leiten musste. Nach einer kurzen Pause zum „frisch machen“ ging es nach der Sitzung in die Altstadt in Peters Brauhaus, wo wir uns mit Kolleginnen und Kollegen des Gerichtsvollzieherverbands, des BDR und dem Anwaltsverein trafen und neben einem netten Meinungsaustausch zu verschiedenen Themen auch das ein oder andere Essen und Getränk zu uns nahmen.

Gut gelaunt ging es zum Ibis Budget zurück und ehrlich gesagt, so schlecht ist es gar nicht. Es ist sauber, die Betten sind bequem und an die Dusche und Waschbecken im Zimmer direkt neben dem Bett gewöhnt man sich auch. Nach einer guten Nacht und einem kurzen einfachen Frühstück (hach, wie liebe ich das Frühstück in Köwi) begaben wir uns zur Veranstaltung auf dem Messegelände.

Unter großem Sicherheitsaufgebot trafen nach und nach die Delegierten der Gewerkschaften, Politiker und die geladenen Gäste, insgesamt ca. 650 Teilnehmer, ein. Neben der Bundesleitung waren auch unsere Jugendvorsitzende Julia Conrad und Frauenvorsitzende Bianca Korbanek anwesend.

Punkt 10.00 Uhr begrüßte uns der stellv. DBB-Vorsitzende Volker Geyer ebenso wie die Oberbürgermeisterin von Köln Frau Reker, welche das Grußwort hielt. Sodann trat der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach ans Mikrofon, flankiert von einigen Kollegen, die in Uniform und Arbeitskleidung, die Vielfalt der verschiedenen Berufe im öffentlichen Dienst darstellten. Ein besonders gutes Bild machte hier unser Kollege Auriga in seiner Uniform.



Beim Gewerkschaftspolitischen Auftakt traf Silberbach mit Bundesinnenminister Horst Seehofer zum traditionellen politischen Schlagabtausch zusammen. Hier prägte Herr Seehofer folgenden Satz: *"In meinem Alter, das werden Sie alle noch erleben, müssen Sie täglich nach dem Aufstehen prüfen, ob Sie noch im Amt sind"*. Mein erster Gedanke dazu lautete: *Nee, nee lieber Herr Minister, ich werde, und das werden Sie nicht selbst erleben, täglich nach dem Aufstehen prüfen müssen, ob die Pensionskasse noch meine Pension bezahlen kann*.

Nach dem Mittagessen hielt zunächst Dr. Wolfgang Schäuble eine kurzweilige Rede, um danach an der Diskussionsrunde mit Prof. Dr. Herfried Münkler, Politikwissenschaftler; Kevin Kühnert Juso-Bundesvorsitzender; Jens Teutrine, Landesvors. der Jungen Liberalen NRW unter der Leitung von Anke Plättner, freiberufl. Journalistin teilzunehmen. Diskutiert wurde



vor welchen gesellschaftlichen Herausforderungen die Bundesrepublik 30 Jahre nach der Wiedervereinigung steht.

Später am Nachmittag kamen noch der Ministerpräsident von NRW Armin Laschet und die Bundesministerin Dr. Franziska Giffey ans Mikrofon. Alle Thesen und Forderungen der Redner hier aufzuführen würde den Rahmen meines Berichtes sprengen, sie sind nachzulesen auf der Seite des dbb unter folgendem link: <https://www.dbb.de/der-dbb/events/dbb-jahrestagung/dbb-jahrestagung-2020.html>

Bei der anschließenden Abendveranstaltung in der Flora in Köln, einer wirklich tollen Eventlokation, konnten einige kurze oder auch längere Gespräche mit Teilnehmern anderer Gewerkschaften und Verbänden geführt werden. Nebenbei wurden wir von netten und fleißigen Mitarbeitern/innen des Caterers mit leckeren Häppchen und guten Getränken versorgt. Es sei erwähnt, dass der Abend komplett von der AXA-Versicherung gesponsort wurde.

Für mich ging es am nächsten Morgen nach dem Frühstück gen Heimat, während die verbliebenen BuLei Kollegen auch den zweiten Tag an der dbb Jahrestagung teilnahmen und dort weitere Kontakte knüpfen konnten. Insgesamt kann ich sagen, war es eine lohnenswerte Veranstaltung! (MR)

Treffen mit der Bundesjustizministerin am 20.01.2020

Teilnahme des DJG-Bundesvorsitzenden Emanuel Schmidt am Arbeitsgespräch in Berlin

Zu einem Arbeitsgespräch mit der Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz, Frau Christine Lambrecht, MdB, waren die Vorsitzenden der Justizgewerkschaften zusammen mit dem dbb-Bundesvorsitzenden Ulrich Silberbach und dem dbb-Vize Friedhelm Schäfer als Gäste im Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) in Berlin eingeladen. Unter Leitung des dbb-Bundesvorsitzenden konnten für die Vertreter der Justizgewerkschaften bei der Bundesjustiz-



ministerin bedeutende und drängende Themen aus der Justiz eingehend erörtert werden.

Neben den Fragen zu den bisher wahrgenommenen Entwicklungen aufgrund des mit der Politik verabredeten „Pakt für den Rechtsstaat“, der als erster Aufschlag zu einer Verbesserung in der personellen Aufstockung in der Justiz begrüßt wurde, wurde von den Justizgewerkschaften hervorgehoben, dass diese Wohltat sich allerdings auch auf alle Beschäftigten im nicht-richterlichen Bereich der Justiz auswirken sollte.

Auf die positiven Auswirkungen zum Ausbau der Personalstärken in den Verwaltungen der Gerichte könne gar nicht genug hingewiesen werden, wie der dbb-Bundesvorsitzende Silberbach im Namen der Justizgewerkschaften betonte. Die Stärkung des Rechtsstaates ist ein wesentlicher und wertvoller Effekt, daneben erhöht die Investition in qualifiziertes Personal die Attraktivität der Justiz für die dringend notwendigen Nachwuchskräfte bzw. Bewerber.

Der DJG-Bundesvorsitzende Schmidt konnte gegenüber der Bundesjustizministerin auf die aktuellen Entwicklungen bei der Realisierung der elektronischen Akte in den einzelnen Bundesländern hinweisen. Hier sind die guten Absichten zur Digitalisierung der Justiz in manchen Belangen noch nicht in greifbare Nähe gerückt, wie Emanuel Schmidt ausführte. So scheitert das „Roll-Out“ häufig an der nach wie vor nicht ausreichend vorhandenen digitalen Infrastruktur, der fehlenden Barrierefreiheit für Kolleginnen und Kollegen mit Handicap und nicht zuletzt am fehlenden IT-Fachpersonal. Diese Fach-

leute suchen aufgrund attraktiverer Bezahlung überwiegend die Anstellung in der freien Wirtschaft anstatt in der Justiz. Auch die bereits vorhandenen IT-Experten innerhalb der Justiz, verlangten deswegen eine noch größere Unterstützung, wie der DJG-Bundesvorsitzende deutlich machen konnte. Der DJG-Bundesvorsitzende appellierte für eine engagierte Herangehensweise an die Vorhaben der Digitalisierung, da es sonst zu Lasten aller Beschäftigten in der Justiz nur zu halbherzigen Ergebnissen kommen könnte.

Wie von den Vorsitzenden aller anwesenden Justizgewerkschaften im Gespräch mit der Bundesjustizministerin einvernehmlich festgestellt wurde, ist es ferner unerlässlich, gerade den in vielen Bundesländern weiter vorhandenen „mittleren Dienst“ mit Hilfe der bekannten Länderöffnungsklausel und in Form von Aufgabenübertragungen neue Stärken zu verleihen. An die Bundesjustizministerin erging die Bitte, gerade im Bereich der Urkundsbeamten der Geschäftsstellen und bei den Rechtspflegern für die längst möglichen Aufgabenübertragungen bei den Ländern intensiv zu werben.

Einen großen Raum im gemeinsamen Gespräch mit der Bundesjustizministerin nahm die unerträglich zunehmende Anzahl von Übergriffen gegen Mitarbeiter der Justiz, insbesondere bei Gerichtsvollziehern aber auch bei den Kolleginnen und Kollegen der Gerichte und Staatsanwaltschaften ein. Hier sprach der dbb-Bundesvorsitzende die jüngst auf der dbb-Jahrestagung in Köln mit Bundesinnenminister Seehofer diskutierte Zentralstelle des Bundes für Gewalttaten gegen Amtspersonen an. Die Bundesjustizministerin betonte, dass jegli-



che Übergriffe nicht geduldet und strafrechtlich verfolgt werden müssen. Das in offener und konstruktiver Atmosphäre mit der Bundesjustizministerin geführte Gespräch soll verabredungsgemäß, mit den Spitzenvertretern der Justizgewerkschaften sowie der dbb Spitze, in regelmäßigen Abständen wiederholt werden. (ES)

Jugend und Bundesleitung im Austausch

Gemeinsames Seminar: Gewerkschaftsarbeit in Verbindung mit Sozialen-Medien

Da weder die Jugendleitung noch die Bundesleitung die Personenzahl erreichen würde, um je ein komplettes Seminar zu füllen war die Idee ein gemeinsames Seminar zu veranstalten geboren. Das Seminar-Thema auf das sich Jugend und Bundesleitung im Vorfeld geeinigt hatte lautete: Chancen und Risiken der Gewerkschaftsarbeit in Verbindung mit Sozialen-Medien. Beide Dozenten Alexander Konzack und Philip Mierzwa, die durch den ersten Tag moderierten, fragten zunächst die Wünsche zu den Inhalten ab.

Im Grunde waren sich alle einig, dass die DJG als Fachgewerkschaft präsentiert werden soll, um einerseits bei den Mitgliedern im Gespräch zu bleiben und andererseits neue Mitglieder zu gewinnen. Schnell kristallisierte sich heraus, dass sowohl die „alten Hasen“ als auch die Jugend die gleichen Probleme haben, argumentativ neue Mitglieder zu werben.



Die in der Diskussion genannten und bisher verwendeten Argumente reichen von Rechtsschutzversicherung, Schlüsselversicherung bis hin zur DBB-Vorteilswelt. Alle Teilnehmer waren sich einig, dass dies kaum schlagende Argumente sein können, um einer Gewerkschaft beizutreten. Daher baten die Dozenten provokativ einmal zu überlegen, warum man selbst Mitglied der DJG geworden ist bzw. warum wir der DJG treu bleiben.

In einem wirklich spannenden Austausch führten sich die alten Hasen und die Jugend selbst vor Augen, dass die besseren Argumente in der Motivation unserer eigenen Mitgliedschaft liegen. So wurden folgende Gründe für die eigene Mitglied-

schaft genannt:

- alleine für mehr Lohn oder Urlaub zu kämpfen, ist im öffentlichen Dienst unmöglich,
- Anderen helfen und gleichzeitig etwas für sich selbst tun,
- Unterstützung bei Problemen mit Vorgesetzten/Arbeitgeber,
- Informationen über Rechte und Pflichten als Tarifbeschäftigte oder Beamte,
- Zusammenhalt – an einem Strang ziehen,
- Gemeinschaft – nette Leute,
- Spaß!

Oder kurz zusammen gefasst, das allerbeste und wichtigste Argument: „**Weil wir eine geile Gewerkschaft sind**“.



Im weiteren Verlauf des Seminars stellten sich auch Fragen, welche die künftige Zusammenarbeit der Bundesleitung mit der Jugend betreffen. Diesen Aspekt griffen die beiden Dozenten ebenfalls auf, so dass am Ende des Seminars feststand: Der Grundstein der Zusammenarbeit zwischen Alt und Jung ist gelegt.

Als erstes wird sich eine kleine Gruppe bestehend aus Mitgliedern der Jugend und Bundesleitung, um den Instagram-Auftritt kümmern, der federführend von der Jugend begleitet werden wird. Hierzu wurde auch schon der Fahrplan erarbeitet. (MR/SG)



Vorsicht Fallen !

Seminar der Bundesseniorenvertretung in Königswinter

So könnte pauschal und dennoch umfassend das Seminar der dbb Bundesseniorenvertretung kurz umschrieben werden, zu dem vom 25. bis 27. Februar 2020 in die dbb akademie nach Königswinter-Thomasberg eingeladen wurde. Dieser Einladung folgten Vertreter aus den Landesverbänden von Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg.

In diesem spannenden und interessanten Seminar konnten die Teilnehmer ihr Wissen vertiefen oder neue Erkenntnisse gewinnen.



Auch die Gespräche am Rande der Veranstaltung und die Begegnungen mit Seniorenvertretern aus anderen Gewerkschaften waren wieder einmal eine gewinnende Bereicherung. Bin ich sturzgefährdet und wie kann ich die „Stolperfallen“ im eigenen Haushalt umgehen? Wie kann mit einfachen Hilfsmitteln und Techniken die nachlassende Balance und Muskelkraft gestärkt werden?

Dass jährlich mehr Menschen im Haushalt auf Grund eines Sturzes sterben als z.B. im Straßenverkehr ließ uns aufhorchen. Dabei sind nur täglich kurze Übungen notwendig, um die eigene Muskelkraft zu stärken und Stürze zu vermeiden bzw. sie abfedernd gut zu überstehen.

Die Aktion „DAS SICHERE HAUS“ mit Sitz in Hamburg bietet für Senioren kostenlos ein Sicherheitspaket mit wertvollen Hinweisen und Tipps dazu an. Natürlich beschäftigte sich das Seminar auch sehr intensiv mit dem Unterschied der Vorsorge-

vollmacht zur Betreuung und der Patientenverfügung. Mit vielen Beispielen aus der Praxis gestaltete die Dozentin die Themen sehr verständlich.

Uns wurde rasch klar, die Vorsorgevollmacht umgeht die Betreuung. Ebenso wie die Patientenverfügung, die sämtliche

Eventualitäten im Voraus nicht abwägen und deshalb im Bedarfsfalle unvollständig sein kann, sollte sich Jeder in „guten und gesunden Tagen“ darüber Gedanken machen, was in den „schlechten Tagen“ sein unumstößlicher Wille ist und diesen persönlich niederschreiben. Kein einfaches, aber sinnvolles Vorhaben, denn wer nicht selbst entscheidet, muss damit zufrieden sein, was andere für ihn tun.

Und dann kam am letzten Seminarabschnitt die Polizei! Sehr lebhaft und alle Teilnehmer und Teilnehmerinnen einbeziehend wurden Begegnungen mit Diebstahl, Betrug und Täuschungen vorgetragen und auf Schutzmaßnahmen hingewiesen. Die Deutung der Körpersprache des Täters und das Verhalten des Opfers, das persönliche Bauchgefühl und das entschlossene Verhalten bei einem Angriff gleich welcher Art, können Straftaten verhindern oder mildern und das Opfer vor jahrelangen Traumata schützen. Gerne hätten wir mehr zu diesen Themen erfahren, aber wie so oft im Leben, wenn es am Schönsten ist

Durch die dbb Bundesseniorenvertretung werden in diesem Jahr noch zwei weitere Seminare angeboten, die ich allen Senioren in der DJG hiermit wärmstens empfehlen kann. Ich bin gerne bereit, die Ausschreibungen den Interessierten zuzuleiten. (SW)

Kontakt zum Fachbereich:

Sabine Wenzel

Vorsitzende des Fachbereichs
„Rentner, Pensionäre und Hinterbliebene“

eMail: Sabine.Wenzel@djg.de

Termine:

- 29.04.2020 Schulung 'Typo 3 aufgrund Systemwechsel und ReDesign unserer Homepage
- 08./09.05.2020 WorkShop DJJ und DJG-Bund: Zusammenlegung der Instagram-Accounts
- 09./10.05.2020 Sitzung der Bundesleitung
- 19.05.2020 Teilnahme am Bundeskongress der Deutschen Polizeigewerkschaft
- 07.06.2020 Teilnahme des Bundesvorsitzenden an der DBB Bundeshauptversammlung in Dortmund

Leider wissen wir nicht, ob die genannten Termine aufgrund der aktuellen Lage stattfinden können.

Besuch der Deutschen Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)

Fachbereich Menschen mit Behinderungen im Gespräch mit Dieter Dewes, Vorsitzender der BDZ

Für die Ahndung von Ordnungswidrigkeiten gemäß § 238 SGB IX (siehe Kasten) ist derzeit die Bundesagentur für Arbeit (BAA) zuständig.

Die Zuständigkeitsübertragung an die BAA war ein rechtspolitischer Fehler, der der Korrektur bedarf nach verbreiteter Expertenansicht. Das Kerngeschäft der BAA ist die Eingliederung von Menschen mit Behinderungen zu fördern. Hierfür tritt sie mit vielen Arbeitgebern in Kontakt, um diese bei der Beschäftigung von schwerbehinderten Menschen zu beraten.



Gleichzeitig zieht das SGB IX vor, dass die BAA für die Ahndung und Vollstreckung der Ordnungswidrigkeiten gemäß § 238 Abs. 3 SGB IX zuständig ist. Die BAA ist auf die Arbeitgeber angewiesen, demzufolge werden viele Ordnungswidrigkeitsanträge nicht bearbeitet.

Heidi Stuffer legte eine Dokumentation mit zahlreichen Beispielen vor, bei denen die Anträge der Schwerbehindertenvertretungen auf Erlass eines Bußgeldbescheides nicht verfolgt wurden. Das heißt, die BAA ist Ansprechpartner für Arbeitgeber auf der einen Seite und gleichzeitig Vollstreckungsorgan gegenüber dem Arbeitgeber auf der anderen Seite. Das wäre bspw. so, als wäre der ADAC beauftragt, Bußgelder an die Verkehrssünder zu verhängen. Deshalb wird es als sachgerecht erachtet, künftig das Zollamt mit der Übertragung der Aufgaben der Bußgeldstelle für Ordnungswidrigkeit zu betrauen. Nach der ausführlichen Diskussion und Erläuterungen des Sachverhalts sagte Herr Dewes ausdrücklich seine Unterstützung zu. Die Teilnehmer bedankten sich für die Einladung und das Gespräch. (HS)

§ 238 SGB IX Bußgeldvorschriften

- (1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig
 1. entgegen § 154 Absatz 1 Satz 1, auch in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 162 Nummer 1, oder entgegen § 154 Absatz 1 Satz 3 einen schwerbehinderten Menschen nicht beschäftigt,
 2. entgegen § 163 Absatz 1 ein Verzeichnis nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht in der vorgeschriebenen Weise führt oder nicht oder nicht rechtzeitig vorlegt,
 3. entgegen § 163 Absatz 2 Satz 1 oder Absatz 4 eine Anzeige nicht, nicht richtig, nicht vollständig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig erstattet,
 4. entgegen § 163 Absatz 5 eine Auskunft nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig erteilt,
 5. entgegen § 163 Absatz 7 Einblick in den Betrieb oder die Dienststelle nicht oder nicht rechtzeitig gibt,
 6. entgegen § 163 Absatz 8 eine dort bezeichnete Person nicht oder nicht rechtzeitig benennt,
 7. entgegen § 164 Absatz 1 Satz 4 oder 9 eine dort bezeichnete Vertretung oder einen Beteiligten nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig unterrichtet oder
 8. entgegen § 178 Absatz 2 Satz 1 erster Halbsatz die Schwerbehindertenvertretung nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig unterrichtet oder nicht oder nicht rechtzeitig anhört.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu zehntausend Euro geahndet werden.
- (3) Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Absatz 1 Nummer 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist die Bundesagentur für Arbeit.
- (4) Die Geldbußen fließen in die Kasse der Verwaltungsbehörde, die den Bußgeldbescheid erlassen hat. § 66 des Zehnten Buches gilt entsprechend.
- (5) Die nach Absatz 4 Satz 1 zuständige Kasse trägt abweichend von § 105 Absatz 2 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten die notwendigen Auslagen. Sie ist auch ersatzpflichtig im Sinne des § 110 Absatz 4 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten.

Lust auf Mitarbeit?

Menschen mit Handicap engagieren sich in der DJG für Menschen mit Behinderungen. Die Deutsche Justizgewerkschaft e.V. (DJG) hat vor einiger Zeit den Fachbereich „Menschen mit Behinderungen“, ins Leben gerufen.

Im Grundgesetz steht: „Niemand darf wegen einer Behinderung benachteiligt oder ausgegrenzt werden, Art. 3 GG.“ Leider ist das Alltagsleben für behinderte Menschen im öffentlichen Dienst und in der bundesweiten Justiz immer noch mit Barrieren behaftet, obwohl die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) vorgegeben hat, dass die Barrierefreiheit gegeben sein muß.

*„Nicht behindert zu sein ist kein Verdienst, sondern ein Geschenk, das jedem von uns jederzeit genommen werden kann.“
(Richard von Weizsäcker)*

Deshalb ist es wichtig, dass es Menschen gibt, die für Rechte und Belange von Menschen mit Behinderungen mit Engagement eintreten. Um die Interessen der schwerbehinderten Menschen (sbM) innerhalb der DJG bundesweit zu vertreten, sollten alle Bundesländer in unserem Fachbereich vertreten sein. Wir würden uns auch über Mitarbeit von nicht schwerbehinderten Menschen sehr freuen. Haben wir Dein Interesse oder Engagement geweckt? Dann teile dies bitte Deinem Landesvorsitzenden mit!!

Euer Fachbereich „MmB“

Der Fragebogen - eine etwas andere Vorstellung

Wenn Du eine berühmte Persönlichkeit treffen dürftest, wer wäre es und warum?

Leonard Nimoy. Ich würde ihn gerne fragen, inwieweit die „Logik“ eine Rolle in seinem Privatleben spielte.

Für welche drei Dinge in Deinem Leben bist Du am dankbarsten?

Meiner Familie, die mir immer Rücken- deckung gibt, dass ich gesund bin und mir keine Gedanken darüber machen muss, wie ich meine Familie ernähren soll.

Wenn Du eine Sache auf der Welt verändern dürftest, was wäre das?

Das jeder Mensch auf der Welt genug zu essen und zu trinken hat.

Wenn Du ein Lebensmittel wärest, welches wäre es?

Eine Banane: harte Schale, weicher Kern und ein bisschen krumm.

Hast Du einen Lieblingsfilm und welche

Szene würdest Du immer wieder anschauen?

StarTrek - Zurück in die Gegenwart. Szene - Scotty benutzt die Maus als Mikrophon und fragt: „Computer?“. Als ihm die Tastatur gereicht wird, guckt er entsetzt und muffelt: „Wie rückständig!“.

Auf welche Frage hattest Du in letzter Zeit keine Antwort und hast Du sie finden können?

Meine Tochter fragte neulich, warum fallen die Wolken nicht herunter. In einem „Was ist Was“ Buch fand ich eine kindgerechte Antwort.

Wenn Dein Leben verfilmt würde, welcher Schauspieler würde Dich spielen?

Roseanne Barr.

Wofür würdest Du mitten in der Nacht aufstehen?

Schwarzwälder-Kirsch-Torte!

STECKRBRIEF:

Silke Gölzenleuchter
stv. Bundesvorsitzende
(Öffentlichkeitsarbeit)

LV Hessen
Mitglied der DJG seit: 2003
IT-Sachbearbeiterin (ERV)



Aus den Landesverbänden ...

DJG Hessen: Fortsetzung der Gesprächsreihe mit der Justizministerin

In Anwesenheit des Leiters der Zentralabteilung, Herrn Nimmerfroh, konnte der Landesvorsitzende der DJG Hessen, Rolf Krämer, die Gesprächsreihe mit Justizministerin Frau Kühne-Hörmann fortsetzen. Der Rolf Krämer begann das Gespräch mit einem Lob an die Ministerin. Ist es ihr doch auch 2019 wieder gelungen eine recht hohe Zahl von Ausbildungsstellen für die Anwärterinnen und Anwärtern im gehobenen und mittleren Justizdienst dem Finanzminister zu entlocken und auch im Tarifbereich wurden 135 Auszubildende eingestellt.

Zwar können wir nicht mit den Einstellungszahlen im Finanzbereich mithalten, dennoch stellt es eine erfreuliche Umkehr zu den letzten mageren Jahren dar. Die beamteten Kräfte müssen allerdings in der Verwaltungsschule in Rotenburg und danach in der Praxis der Gerichte zunächst einmal ausgebildet werden, was die durch den jahrelangen Personalabbau geschrumpfte Mitarbeiterschaft doppelt belasten wird.

Erfreulich ist jedoch auch die Tatsache, dass im Haushalt 2020 eine erhebliche Anzahl Beförderungsstellen für diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zusätzlich zur Verfügung gestellt wurden. Die Beförderungsrunde April 2020 ist die seit Jahren Stärkste. So kann doch nunmehr mit Abbau des riesigen Beförderungsstaus im Justizbereich begonnen werden.

Positiv aufgenommen wurde von der Justizministerin die Initiative der DJG Schulklassen durch die Justizgebäude zu führen und ihnen die unterschiedlichen Berufswege innerhalb der Justiz zu erläutern. Aus diesen Führungen im Herbst 2019 resultierten bereits 8 Bewerbungen für die Laufbahn im mittleren und gehobenen Justizdienst.

Dass diese Werbemaßnahmen neben den vom OLG professionell vorgenommenen Anwerbungen dringend nötig sind, zeigt u. A. die Tatsache, dass für die Laufbahn im Gerichtsvollzieherdienst keine ausreichende Bewerberzahl zur Verfügung steht. Zur Abhilfe dieses Missstandes setzte sich der Landesvorsitzende für eine beschränkte Öffnung der Gerichtsvollzieherlaufbahn ein. So könnten geeignete Beamte aus dem mittleren Justizwachmeisterdienst oder ausgebildete Rechtsanwaltsfachkräfte immer dann angeworben werden, wenn die Anzahl von eigenen Bewerber aus dem Kreis des mittleren Justizdienstes oder den Justizfachangestellten nicht ausreicht.

Zum Abschluss des Gespräches lud der Landesvorsitzende Rolf Krämer Justizministerin Kühne – Hörmann zum Gewerkschaftstag der DJG Hessen am 13.11.2020 in das dem Ministerium gegenüber liegende Hotel Mercur Wiesbaden ein. (RK)

DJG Saar: Jahreshauptversammlung

Die diesjährige Jahreshauptversammlung der Deutschen Justiz-Gewerkschaft, Landesverband Saar fand am 15.11.2019 im Saal 1 des Landgerichts Saarbrücken statt.



76 Mitglieder insgesamt sind der Einladung gefolgt. Besonders begrüßt wurden neben unseren Ehrenvorsitzenden Elmar Schneider und Rudi Weber der stellv. Bundesvorsitzende Michael Auriga.

Nach der Totenehrung erstattete der 1. Vorsitzende Dirk Biegel seinen Rechenschaftsbericht.

PERSONALNOT war mal wieder ein häufig über das Jahr gefalle-

nes Stichwort. Um dagegen anzugehen gab es einen gemeinsamen Aktionstag für mehr Personal in der Justiz, welcher am 30.10.2019 stattfand. Darüber hinaus traf man sich wieder zu etlichen Gesprächen mit den Verantwortlichen im Ministerium der Justiz, aber auch mit verschiedenen Landtagsfraktionen.

Außerdem fanden wieder viele gewerkschaftliche Arbeitstermine auf Landes- und Bundesebene statt, die auch wichtig sind, um der gemeinsamen Interessenswahrung gerecht zu werden. Natürlich konnten auch wieder traditionelle Ereignisse verbucht werden. Hierzu zählten die alljährliche Gewerkschaftsfahrt, die uns dieses Jahr im Mai nach Mendig führte, sowie das Grillfest im August in Niedersaubach.

Nachdem Rechnungsführer Thomas Rudy und Kassenprüferin Jutta Schmitt-Weller ihre Berichte erstattet hatten, wurde der Vorstand von der Versammlung einstimmig bei eigener Enthaltung entlastet.

Nach einer Pause mit Kaltgetränken und belegten Brötchen wurde die Jahreshauptversammlung – wie aus den Vorjahren gewohnt - im Wege einer Öffentlichkeitsveranstaltung fortgesetzt. Als Gäste konnten Vertreter des Dienstherrn, der Landesvorsitzende des dbb saar Ewald Linn, der stellv. Bundesvorsitzende Michael Auriga, Vertreter unserer Kooperations-

partner sowie Vertreter der Landtagsfraktionen begrüßt werden.

In seiner Begrüßungsrede wies Dirk Biegel erneut auf die vorliegenden Missstände hin, die auf Grund Personalnot und Spardruck herrühren. Nicht nur innere Kündigungen auf Grund von Verzweiflung, Antriebslosigkeit und Belastung konnten wahrgenommen werden, auch in realis konnten Versetzungen und, nachdem Abordnungen oder Versetzungen zu Behörden außerhalb der Justiz aus Personalgründen nicht mehr durchführbar waren und sind, Entlassungen auf eigenen Wunsch unserer Berufskolleginnen und -kollegen verzeichnet werden.

Nachdem der Vorsitzende den Anwesenden einen Einblick in die aktuelle Stellenbesetzung gegeben hatte, verdeutlichte er der Versammlung die Wichtigkeit des Wachtmeisterdienstes und des Servicebereiches, da ohne vorgenanntes Personal eine Justiz schlicht und einfach nicht funktionieren könne. Im Anschluss daran hielten Vertreter des Ministeriums ihre Begrüßungsreden. Ministerialdirigent Dr. Manfred Kost und der Leitende Ministerialrat Bernd Weber legten in Vertretung des Staatssekretärs Roland Theis ihr Hauptaugenmerk auf die aktuelle Personalsituation. Sie ließen die Versammlung wissen, dass seitens des Ministeriums im Rahmen des Möglichen alles dafür getan werde, um personelle Engpässe zu umgehen und stellten Verbesserungen in Aussicht.

DBB saar – Chef Ewald Linn griff in seiner Begrüßungsrede zunächst das Datum 30.10.2019 auf. An diesem Tag fand - wie bekannt - der Aktionstag vor dem saarländischen Landtag statt. Er war erfreut über das zahlreiche Erscheinen der einzelnen Gewerkschaftsmitglieder. Dies zeige, dass es längst in der Arbeitswelt „lichterloh brenne“ und dass unbedingt gegengesteuert werden müsse.

Petra Berg (SPD) und Alwin Theobald (CDU) sprachen ebenfalls den Aktionstag am 30.10.2019 an und begrüßten die rege Teilnahme. Sie hoffen auf weiterhin gute Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft, auch wenn oftmals angespannte Situationen vorherrschen.

Der stellvertretende Bundesvorsitzende Michael Auriga entschuldigte den Bundesvorsitzenden Emanuel Schmidt. Er gab der Versammlung einen Einblick in die Arbeit der Bundesleitung und stellte die personelle Besetzung mit deren Aufgabenbereichen vor. Abschließend bedankte sich der Vorsitzende Dirk Biegel bei allen Rednern und den Erschienenen.

Es gilt, gemeinsam weiter zu arbeiten. (JS)

DJG Hamburg: Hamburg hat gewählt ...

....nein, wir meinen nicht die Hamburger Bürgerschaft, sondern einen neuen Landesvorstand!

Am 12.2.2020 fand der Landesgewerkschaftstag der Deutschen Justiz-Gewerkschaft - Landesverband Hamburg - in einer besonderen Lokation, mitten im Schanzenviertel, im Schanzenkino 73 statt.

Nach der Begrüßung und dem Vorstandsbericht des alten und neuen Vorsitzenden Jörg Osowski ging es zunächst für die Mit-



glieder ins Foyer des Kinos, wo eine heiße Suppe und leckeres Fingerfood bereit stand. Gut versorgt und gestärkt konnten die weiteren Tagungsordnungspunkte, wie Änderung der Satzung und Anhebung

der Mitgliedsbeiträge zum 01.07.2020 ausführlich erörtert und beschlossen werden. Erfreulicherweise fiel der Bericht der Rechnungsprüfer sehr positiv aus, sodass der Vorstand einstimmig entlastet werden konnte.



Vor den Neuwahlen wurden unsere ausscheidenden Vorstandsmitglieder Angelika Hatje und Uwe Ströh mit großem Dank für ihre Vorstandsarbeit mit Blumen und Weinpräsenten verabschiedet. Auch unsere Vorstandsmitglieder Gabriele Schill und Kay Wollesen wollen wir an dieser Stelle mit großem Dank, für die in den letzten 4 Jahren geleistete Vorstandsarbeit, verabschieden. Sie konnten am Gewerkschaftstag leider nicht persönlich teilnehmen. Reibungslos verliefen dann auch die Wahlen des neuen Vorstands.

Neben den alten und wieder gewählten Mitgliedern (Jörg Osowski Vorsitzender; Michaela Rieck stellv. Vorsitzende; Maike Jagemann Schriftführerin, Antje Krenzer Landesfrauenvertretung und dem Rechnungsprüfer Jörg Greve) wurden Nancy Männel und Ramazan Bas zu stellvertretenden Vorsitzenden, Michael Frehse zum Schatzmeister, Bert Laskowski, Ines Kun-

ze, Schiwa Qalanawi, Gerit Frehse zu Beisitzern, Sabine Kühn zur Rechnungsprüferin und Regina Bartels zur stellvertretenden Rechnungsprüferin gewählt. Allen Neu- und Wiederge-



wählten herzlichen Glückwunsch und viel Erfolg bei der gewerkschaftlichen Verbandsarbeit!

Leider blieb der Posten der Landesjugendvertretung unbe-setzt, da sich im Vorfeld keine Kandidaten für das unserer Meinung nach so wichtige Amt der Landesjugendvertretung finden ließen. In den kommenden 4 Jahren wird für uns eines der Hauptaugenmerke darauf liegen, die Jugend für die Gewerkschaft und die gewerkschaftliche Arbeit zu gewinnen. Denn ohne die Jugend, unserem Nachwuchs, geht es in der



Verbandsarbeit und gleichfalls bei Gerichten und Staatsanwaltschaften nicht!

Wir in der **DJG**, sowie die Justiz insgesamt brauchen junge, interessierte und motivierte „Mitstreiter/Mitarbeiter“!

Ein Letztes noch... auch unser langjähriges Vorstandsmitglied



Hartmut Plicht, der getreu seinem Wunsch nach einer Verjüngung des Vorstandes nicht mehr zur Wahl antrat, aber dem Vorstand auf dessen Wunsch weiterhin als kooptiertes Mitglied mit Rat und Tat zur Seite stehen wird, gebührt an dieser Stelle nochmals unser ausdrücklicher Dank für seine

Tätigkeiten in der **DJG** Hamburg! (MR)



Pressemitteilung:

„Emanuel Schmidt, Bundesvorsitzender der Deutschen Justiz-Gewerkschaft: Die akute Corona-Krise ist eine Gefahr für die Mitarbeitenden in Gerichten und Staatsanwaltschaften. Es ist daher jetzt notwendig, die Gerichte für mindestens zwei Wochen zu schließen. Nur das schützt das Personal und die Menschen in den Gerichten und Staatsanwaltschaften vernünftig.

Prozesse vor Gericht können verschoben werden, Dienststellen der Gerichte und der Bewährungshilfe könnten Notfallnummern und Eildienste einrichten. Der Postverkehr etwa zwischen Anwaltschaft und Gerichten könnte weiterhin laufen. Diese Maßnahmen sind einschneidend, aber in dieser Ausnah-

mesituation angebracht. Bisher agiert jede Justizbehörde in Deutschland unterschiedlich. Es ist ein Flickenteppich an Maßnahmen und kein kontrolliertes Krisenmanagement. Kontrollen an den Eingängen zu Gerichten können durch die zuständigen Justizwachtmeister nicht mit dem gegebenen Abstand von zwei Metern geleistet werden.

Und auch in der Bewährungshilfe ist ein direkter Kontakt zu den Straftätern für die Mitarbeiter der Behörde riskant, gerade weil die Klienten häufig weiterhin Kontakt in die Drogenszene oder das Geschäft mit der Prostitution halten – ein nicht kalkulierbares Risiko für die Angestellten und Beamten in den Behörden.“

Impressum:

Herausgeber:

Deutsche Justiz-Gewerkschaft Bund e.V.
Mitglied im dbb beamtenbund und tarifunion

V.i.S.d.P.:

Emanuel Schmidt
Bundesvorsitzender
Geschäftsstelle:
Saarbrücker Str. 69
66625 Nohfelden-Türkismühle
geschaeftsstelle@djg.de

Redaktion/Layout: DJG-Bundesleitung

Bildmaterial:

Jan Brenner/dbb, J. Schatz, M. Rieck,
D. Felsner, S. Wenzel, M. Besselt

Autoren:

Emanuel Schmidt (ES)
Silke Gölzenleuchter (SG)
Bianca Korbanek (BK)
Bernd Kammermeier (BKa)
Sabine Wenzel (SW)
Heidi Stuffer (HS)
Michaela Rieck (MR)
Johannes Sell (JS)
Rolf Krämer (RK)

Für die veröffentlichten Artikel ist der jeweilige Autor verantwortlich.



NÜRNBERGER
VERSICHERUNG

Einkommensschutz – so individuell wie Sie.

Wie Sie mit unserer Grundfähigkeitsversicherung dafür sorgen können, dass körperliche und geistige Einschränkungen nicht zu finanziellen werden, erfahren Sie unter:

www.nuernberger.de

